

Bremen, 17. April 2019

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Rottmann,

hiermit übersenden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine.

1 „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ fortschreiben - Unterstützungsstrukturen für LSBTI langfristig absichern

1.1 Welche Vorschläge haben Sie, damit der „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“ evaluiert, fortgeschrieben und auskömmlich finanziert werden kann?

*1.2 Wie möchten Sie den regelmäßigen Austausch zwischen dem Bremer Senat, der Bürgerschaft, Vertretungen des LSBTI-Community und anderen Akteur*innen fortsetzen, um zum Beispiel den Aktionsplan weiterzuentwickeln?*

1.3 Welche Ideen haben Sie, um dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bremen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Der Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans und Interphobie wurde von uns GRÜNEN initiiert und wir setzen uns für seine konsequente Umsetzung ein. Zur Überprüfung des Fortschritts bei der Umsetzung sind regelmäßige Evaluationen vorgesehen, die auch durchgeführt und in öffentlichen Sitzungen mit allen beteiligten Akteur*innen diskutiert wurden. Dies werden wir weiter so handhaben und insbesondere als partizipativen Prozess unterstützen. Wenn sich dabei in bestimmten Bereichen Defizite herausstellen, fragen wir dezidiert nach und behalten diese Bereiche besonders im Auge, überprüfen den Fortschritt auch zwischen den vorgesehenen Evaluationsschritten und setzen uns mit den beteiligten Akteur*innen an einen Tisch. Da der Aktionsplan und Queerpolitik im Allgemeinen eine Querschnittsaufgabe ist, müssen die

entsprechenden Haushaltsmittel in den verschiedenen Ressorts zur Verfügung gestellt werden. Dies haben wir in den Haushaltsaufstellungen berücksichtigt und werden dies auch weiterhin tun. Diese Querschnittsaufgabe stellt eine Politik allerdings auch vor besondere Herausforderungen in den Zuständigkeiten und der gezielten Unterstützung. Es gibt in Bremen bisher keine substantielle Zuständigkeit, nicht alles kann an beratende soziokulturelle Vereine – die allerdings eine wirklich tolle Arbeit leisten und die wir z. B. beim Rat und Tat Zentrum für queeres Leben nun auch mit der Finanzierung einer Geschäftsführungsstelle unterstützen – ausgelagert werden. Mittel- bis langfristig braucht Bremen eine feste Zuständigkeit im Land, entweder eine*n LSBTIQ*-Referent*in als Stabstelle, oder eine*n Zuständige*n mit einer entsprechenden ausgelagerten Koordinierungsstelle, damit die Queerpolitik als Querschnittsaufgabe vorangetrieben sowie die konkrete Umsetzung des Landesaktionsplans in den unterschiedlichen Ressorts begleitet werden kann.

2 Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht erhöhen

2.1 Streben Sie die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten an und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese auch in den unterrichtsbegleitenden Materialien und Schulbüchern sichtbar werden? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel konkret umsetzen?

2.2 Wie möchten Sie dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die nicht heterosexuell sind und/oder nicht den vorherrschenden Geschlechternormen entsprechen, angstfrei zur Schule gehen können?

*2.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ weiter in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare an der Universität Bremen und am Landesinstitut für Schule Bremen verstetigt und mindestens jährlich angeboten werden?*

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sexuelle Vielfalt in allen Bildungseinrichtungen – von der Kita bis in die Ausbildung – angemessen berücksichtigt wird. Ausbildung und Praxis der Kindergärten sollten so gestaltet sein, dass alle Kinder alle Angebote erhalten und alle Spielzeuge auswählen können, nach ihrer Entscheidung und ohne einschränkende und vorwegnehmende Zuordnung nach Geschlecht. In den Schulen soll es zukünftig gezielte Hilfestellungen und Ansprechpartner*innen für LSBTIQ* geben, um zum Beispiel beim Coming-out direkt zu unterstützen. Entsprechendes gilt für die Jugendarbeit: Auch hier muss es qualifizierte Ansprechpartner*innen geben.

Wir stehen für Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung für alle LSBTIQ*-Identitäten. Das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper ist für uns zentral. Wir wollen einen geschlechtergerechten Sexualunterricht, der gleichwertig und diskriminierungsfrei über heterosexuelle und queere Orientierungen aufklärt.

Ziel soll sein, keine neuen Stereotype im Unterricht zu schaffen, sondern über geschlechtliche Identitäten oder queere Orientierungen aufzuklären. Das Thema Intersexualität soll enttabuisiert werden. Wir verbessern die Aufklärung, um Betroffenen und Angehörigen die Verunsicherung zu nehmen und um Diskriminierung und Mobbing entgegenzuwirken. Wir werden bestehende

Beratungsstellen in Bremen darin unterstützen, Beratungsangebote für Eltern von Inter- und Trans-Kindern zu schaffen.

3 Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

3.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Bremen eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen und Anfeindungen gegen LSBTI im Dunkelfeld sichtbar zu machen?

3.2 Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bremen reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?

3.3 Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten/-gemeinden von Bremen und/oder seiner Bezirke umgehen, die offen gegen homosexuelle oder transgeschlechtliche Menschen hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?

Die Durchführung einer Studie zu Ausmaß und Erscheinungsformen homophober und transfeindlicher Gewalt werden wir prüfen. Die spezifische Erfassung LSBTI-feindlicher Hasskriminalität unterstützen wir ausdrücklich. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte ein. Der Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen, dafür wollen wir GRÜNE uns stark machen. Hierfür nutzen wir ausdrücklich unsere Verbindungen aus den Städtepartnerschaftsnetzwerken und die vorhandenen Kontakte im Ausschuss der Regionen.

4 Queere Geflüchtete schützen und LSBTI-inklusive Integration sicherstellen

*4.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI Geflüchteten geschult werden? Falls ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?*

Wir haben in Bremen ein sehr umfangreiches Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte vorgelegt, dies soll auch für LSBTI-Geflüchtete geschehen. Wir wollen Gewaltprävention auch in den Stadtteilen verankern, Hilfewege transparent aufzuzeigen und bei Gewalt schnell einschreiten. Wir sorgen dafür, dass queere Geflüchtete angemessene Hilfe bekommen und sich sicher fühlen. Wir halten eine gesonderte Unterkunft für queere Geflüchtete in Bremen bisher nicht für hilfreich, da dies die Gefahr von unfreiwilligen Outings und einer weiteren Stigmatisierung mit sich bringt. Stattdessen schaffen wir Angebote und Schutzwohnungen für junge Inter- und Transpersonen und Homosexuelle, die in ihrem Umfeld und ihren Familien Gewalt erfahren.

4.2 Werden Sie der Erweiterung der sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ im Bundesrat um die Verfolgerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien und Georgien widersprechen und auch zukünftig dafür sorgen, dass keine weiteren Staaten aufgenommen werden?

Eindeutig ja! Mit uns GRÜNEN wird es keine Erweiterung der sog. sicheren Herkunftsstaaten um Länder geben, in den LSBTI verfolgt werden.

Familienvielfalt in Bremen stärken

5.1 Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags im Bundesland Bremen zu fördern?

5.2 Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

5.3 Wie wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen?

Mit der Bundesratsinitiative zur „Ehe für alle“ hat Bremen auf GRÜNE Initiative erfolgreich für die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren gestritten. Der Erfolg der „Ehe für alle“ war ein erster Schritt. Jetzt werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und Sicherheiten für Regenbogenfamilien verbessern. Hierzu wollen wir die Beratungslandschaft verbessern und Familiengründungen erleichtern. Noch immer herrscht für Alleinstehende und Frauen, Inter- und Transpersonen, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben bzw. mit einer Frau, Inter- oder Transperson verheiratet sind, eine unklare Rechtslage in Bezug auf eine künstliche Befruchtung. Wir unterstützen daher die Forderung seitens der Betroffenen und Ärzt*innen an die Bundesregierung, die assistierte Reproduktion für alle Frauen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität zu ermöglichen. Wir wollen Eltern von Inter- und Trans-Kindern stärken, um den Kindern ein Aufwachsen ohne Rollenzwang zu ermöglichen. Hierfür richten wir eine Beratungsstelle für Eltern und Pädagog*innen ein.

6 Vielfalt und Akzeptanz in allen Lebensaltern verwirklichen

*6.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch in der Versorgung und Unterstützung von Senior*innen für Akzeptanz und Respekt zu werben und eine kultursensible Pflege und Versorgung zu gewährleisten?*

6.2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?

Die Lebenslagen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Interpersonen sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) sind gerade im Alltag oft von spezifischen Bedürfnissen geprägt. Vom Inter-Kind in der Kita bis zur lesbischen Seniorin im Altersheim fehlt es an Rahmenbedingungen, um diskriminierungsfrei aufwachsen und leben zu können. Unser Ziel ist deshalb der bedarfsgerechte

Ausbau der bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ*-Personen jeden Alters. Interessenvertretungen und Selbstorganisationen wollen wir stärker fördern. Queeres Leben in Bremen und Bremerhaven wollen wir sichtbarer und selbstverständlicher machen und für mehr Akzeptanz werben. Dabei werden wir auch kultursensible Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen.

Eine queerfreundliche ärztliche und pflegerische Versorgung muss im Land Bremen gewährleistet werden. Hierzu zählt für uns die Sensibilisierung von Frauenärzt*innen für lesbische, Inter- oder Transbesucher*innen sowie eine allgemeine Aufklärung von Ärzt*innen und Pflegepersonal in allen Pflege- und Altenheimen. Gerade in Pflege- und Altenheimen müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ*-Personen stärker in den Blick genommen werden. Auch für eine bessere Berücksichtigung gleicher Rechte von LSBTIQ*-Personen in Seniorenvertretungen setzen wir uns ein.

7 Bremen tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein

7.1 Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?

Wir werden auch in der neuen Legislaturperiode an unser Forderung, den Artikel 3 um sexuelle und geschlechtliche Identität zu ergänzen, festhalten und uns dafür einsetzen.

7.2 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?

Wir GRÜNE haben uns immer für die „Ehe für alle“ eingesetzt, die nun endlich Realität ist. Trotzdem sind dadurch immer noch nicht alle Probleme queerer Familien gelöst und sie sind in einigen Aspekten leider immer noch ungleich gestellt – dies möchten wir beheben. Wir setzen uns dafür ein, dass Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien nicht mehr diskriminiert werden und beide Mütter auch als solche anerkannt und in allen Rechten und Pflichten heterosexuellen Paaren gleichgestellt werden. Auch soll die Diskriminierung lesbischer Partnerschaften beim Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen abgeschafft werden. Gesellschaftlich sind auch Mehrelternfamilien längst Realität – z. B. In Patchworkfamilien oder wenn ein lesbisches und ein schwules Paar zusammen Kinder bekommen –, deshalb möchten wir den Diskurs dahingehend öffnen und Akteur*innen einladen, mögliche Konzepte zu entwerfen. Grundsätzlich gilt, dass das Grundgesetz gleiche Bedingungen für alle Kinder verlangt, es darf also kein Kind schlechtergestellt werden, unabhängig davon, in welcher Familienform es lebt. Deshalb muss das Familienrecht weitergedacht werden und rechtliche Möglichkeiten müssen auch für andere Familienkonstellationen geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen